



# Mehr Zukunft vor deiner Tür

Unsere Forderungen zur  
Kommunalwahl 2026

**GRÜNE  
JUGEND**  
HESSEN



# Inhalt

## Klima, Umwelt & Naturschutz

III Vorwort	6
III Klimaschutz & Energiewende vorantreiben	7
III Erneuerbare Energie lokal ausbauen	8
III Kommunale Wärmeplanung & Energieeffizienz	8
III Klimaanpassung & Hitzeschutz gestalten	9
III Grüne Städte & lebenswerte Orte schaffen	10
III Natur- und Artenschutz stärken	10
III Wasser schützen & Schwammstadt umsetzen	11
III Zero Waste & Kreislaufwirtschaft	12
III Umweltbildung & Beteiligung stärken	12
III Ökologische Ernährung & Landwirtschaft	13

## Jugend, Kultur & Bildung

III Vorwort	14
III Jugend ernstnehmen, Beteiligung ermöglichen	15
III Kinderrechte konkret umsetzen	15
III Jugendfreundliche Räume schaffen	16
III Jugendarbeit & Freizeitangebote	17
III Kulturelle Teilhabe für alle	17
III Kulturelle Räume & kreative Freiheit schaffen	17
III Clubs & Kulturorte schützen	18
III Faire Bedingungen für Kulturschaffende	18
III Bildung gerecht & inklusiv gestalten	19
III Multiprofessionelle Teams ab der Kita	19
III Bildungseinrichtungen zukunftsfit machen	20
III Kosten- & diskriminierungsfreie Bildung	20
III Erinnerungskultur & politische Bildung stärken	21

## Soziales

III Vorwort	22
III Armut bekämpfen & Teilhabe sichern	23
III Kinder- & Jugendarmut gezielt bekämpfen	24
III Kommunen als sichere Häfen	24

# Inhalt

III Geflüchtete schützen & Integration gestalten	25
III Wohnungslosigkeit verhindern & beenden	25
III Gesundheit sozial & kommunal gestalten	26
III Pflege gerecht & solidarisch organisieren	27
III Inklusion leben & Barrieren abbauen	27
III Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen	28
III Drogenpolitik & Suchthilfe neu denken	29
III Vielfalt schützen & Diskriminierung bekämpfen	30
III Demokratische Sicherheit & Teilhabe stärken	30
III Alter in Würde gestalten	31
III Ehrenamt stärken & Engagement ermöglichen	31

## Mieten & Wohnen

III Vorwort	32
III Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen	33
III Gemeinwohlorientierte Bodenpolitik	33
III Bestehenden Wohnraum besser nutzen	34
III Mietschutz & Schutz vor Verdrängung	35
III Innovative & inklusive Wohnformen fördern	35
III Nachhaltiges & Klimaangepasstes Bauen	36
III Soziale Räume mitgestalten	36
III Barrierefreiheit & altersgerechtes Wohnen	37

## Mobilität

III Vorwort	38
III Mobilität für alle ermöglichen	39
III Rad- & Fußverkehr stärken	40
III Öffentlichen Nahverkehr ausbauen	41
III Straßenräume gerecht verteilen	42
III Parkraum neu denken	42
III Aufenthaltsqualität & Lebensräume schaffen	43
III Klimaschutz & Emissionsfreiheit	43
III Regionale & intermodale Mobilität	44
III Digitalisierung & Mobilitätsmanagement	45
III Demokratische Mobilitätswende	45



# Vorwort

---

Die Kommunalwahl ist mehr als ein Kreuz auf dem Stimmzettel. Du entscheidest darüber, wie gerecht, nachhaltig und lebenswert unsere Städte und Gemeinden in den nächsten Jahren gestaltet werden.

Du bestimmst, ob wir bezahlbar wohnen können. Du bestimmst, wie sicher wir zur Schule kommen. Du bestimmst, ob die Straße vor deiner Tür ein Ort zum Freund\*innen treffen und verweilen wird.

Was, wenn das nächste Kino statt einer Regiofahrt, eine Fahrradfahrt weit weg wäre? Was, wenn im Sommer das Freibad kostenlos für Schüler\*innen wäre? Was, wenn der unbenutzte Büroparkplatz übers Wochenende für ein Stadtviertelfest benutzt wird? Was, wenn unsere Innenstädte auch im Hochsommer kühl sind?

Als GRÜNE JUGEND Hessen machen wir die Kommunalwahl zur Wahl unserer Generation. Denn es ist unsere Lebensrealität, über die die Stadtparlamente und Gemeindevertretungen entscheiden. – Es ist unsere Zukunft, die auf dem Spiel steht. In vielen Kommunen wird Politik immer noch über statt von, für und mit jungen Menschen gemacht. Das ändern wir.

## Vorwort

Wir kämpfen dafür, dass die Interessen junger Menschen nicht nur durch reiner Symbolpolitik abgedeckt werden, sondern dass es echte, strukturelle Beteiligung gibt. Wir fordern: Eine soziale Infrastruktur, die niemanden zurücklässt. Eine Mobilität, die Freiheit ermöglicht statt Abhängigkeit vom Auto. Einen öffentlichen Raum, der nicht von Konsumzwang und Autos dominiert wird. Einen Klimaschutz, der endlich angegangen wird.. Räume, in denen queeres Leben sichtbar ist und bleibt. Und eine kommunale Demokratie, in der wir alle mitentscheiden können.

Du kannst entscheiden, in welchem Morgen du aufwachen willst. Also, wie wär's mit mehr Zukunft vor deiner Tür?

**Mehr Zukunft  
vor deiner Tür**



# Klima, Umwelt & Naturschutz

---

## III Vorwort

Die Klimakrise ist real und sie ist vor Ort spürbar. Kommunen spielen eine Schlüsselrolle, wenn es um Klimaschutz, Biodiversität und Anpassung an Extremwetter geht. Wir wollen klimagerechte Städte und Gemeinden, Natur und Biodiversität schützen, Energie gerecht verteilen und die Lebensgrundlage kommender Generationen sichern.

Kommunale Klimapolitik ist entscheidend, um die Klimakrise lokal zu bekämpfen, damit wir auch in Zukunft ein gutes Leben in Hessen führen können. Dabei geht es nicht nur um Technik und Emissionen, sondern auch um Gerechtigkeit, demokratische Beteiligung und Lebensqualität in unseren Städten und Dörfern. Wir wollen ökologische Politik vor Ort konkret machen und zwar solidarisch, gerecht und zukunftsfähig.



# Klima, Umwelt & Naturschutz

## III Klimaschutz & Energiewende vorantreiben

- Verbindliches Ziel der kommunalen Klimaneutralität bis spätestens 2035, für die Verwaltung bis 2030
- Einrichtung von Klimaschutzdezernaten bzw. klarer Zuständigkeit in jeder Kommune
- Einführung eines kommunalen Klimafonds mit einem ambitionierten CO<sub>2</sub>-Mindestpreis (Richtwert von 75 €/t CO<sub>2</sub> aus Frankfurt)
- Aufbau eines kommunalen Klimarats bestehend aus Expert\*innen, Jugendvertretung und Zivilgesellschaft
- Jährliche CO<sub>2</sub>-Bilanzen und transparente Klimafortschrittsanzeigen im öffentlichen Raum
- Nutzung von Fördermitteln auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zur Finanzierung ambitionierter Klimapolitik
- Beteiligung der Bevölkerung durch Bürger\*innenräte, Klima-Dialoge und Jugendparlamente



# Klima, Umwelt & Naturschutz

## III Erneuerbare Energie lokal ausbauen

- Photovoltaik auf allen geeigneten kommunalen Dächern bis 2030, vor allem auf Schulen, Turnhallen und Verwaltungsgebäuden
- Einführung einer Solarpflicht im Bebauungsplan bei Neubauten und Sanierungen, sowohl öffentlich als auch privat
- Förderung von Balkonkraftwerken, Solarparks, Agri-PV und Freiflächenanlagen mit Biodiversitätsstandards insbesondere auf bereits versiegelten Flächen
- Unterstützung von Energiegenossenschaften durch Flächenbereitstellung und Startfinanzierung
- Kooperation mit Nachbarkommunen zur Abnahme von Windstrom und zur interkommunalen Energieplanung
- Lokale und dezentrale Energieproduktion, dezentraler Netzausbau, Beteiligung der Bürger\*innen und Kommen vor Ort

## III Kommunale Wärmeplanung & Energieeffizienz

- Schnelle Durchführung der kommunalen Wärmeplanung um Wärmepumpen, sowie Nah- und Fernwärmenetze auszubauen

# Klima, Umwelt & Naturschutz

- Falls noch nicht vorhanden, Einführung eines kommunalen Wärmekatasters<sup>1</sup> als Grundlage für kommunale Wärmeplanung
- Dekarbonisierung der Fernwärme durch Abwärme, Großwärmepumpen und Geothermie
- Energetische Sanierung öffentlicher Gebäude mit Sanierungsfahrplänen
- Technologieoffene Förderung nachhaltiger Wärmetechnologien wie Wärmepumpen oder Solarthermie

## III Klimaanpassung & Hitzeschutz gestalten

- Wirksame Hitzeaktionspläne mit Fokus auf vulnerable Gruppen wie Kinder, Ältere oder Erkrankte für jede Kommune
- Ausbau klimaresilienter Infrastruktur wie Frischluftschneisen, Schattenplätze sowie begrünte Gleise, Dächer und Parkplätze
- Trinkwasserstellen an öffentlichen Orten wie Parks und Haltestellen sowie Hitzeinseln
- Entsiegelungsoffensive auf Schulhöfen, Plätzen und Straßen mit dem Ziel, mind. 50 % der Flächen zu entsiegeln oder begrünen

1 kartografisches Verzeichnis von Wärmequellen und Wärmesenken



# Klima, Umwelt & Naturschutz

## III Grüne Städte & lebenswerte Orte schaffen

- Ausbau urbaner Mini-Wälder, Pflanzkübel und Baumprogramme mit Bürger\*innenbeteiligung
- Reduktion von Lichtverschmutzung u.a. durch dimmbare Straßenlaternen oder mit Bewegungsmeldern
- Einführung klimaangepasster Gestaltungs-satzungen<sup>2</sup> für Bebauungspläne
- Förderung von Wilden Orten<sup>3</sup>, Biodiversitäts-Streifen und Wildblumenwiesen im öffentlichen Raum und am Rand von Feldern
- Konsequenter Verzicht und Rückbau von Steingärten in öffentlichen und privaten Außenräumen
- Obdachlosen-feindliche Architektur zurückbauen und zukünftig verbieten

## III Natur- und Artenschutz stärken

- Schutz alter Bäume und klimaresistente Nachpflanzungen
- Tierschutzfonds und Stadttaubenkonzepte mit tierfreundlichen Unterkünften

<sup>2</sup> kommunale Vorschriften, die sich auf die Gestaltung von bebauten und unbebauten Flächen im öffentlichen Raum konzentrieren und dabei die Auswirkungen der Klimakrise berücksichtigen

<sup>3</sup> Naturnahe, wenig gestaltete Flächen in der Stadt oder im ländlichen Raum, die bewusst nicht intensiv gepflegt werden, um Raum für Biodiversität, Naturerfahrung und spontane Aneignung durch Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche zu bieten

# Klima, Umwelt & Naturschutz

- Artenschutz in der Bauplanung z. B. durch vogelfreundliche Architektur und Sicherung der Nistplätze
- Biotopvernetzung und ökologische Pflege kommunaler Flächen
- Keine Pestizide (z. B. Glyphosat, Neonikotinoide) auf kommunalen Flächen
- Förderung ökologischer Landwirtschaft über Flächenvergabe und Konzeptausschreibungen

## III Wasser schützen & Schwammstadt umsetzen

- Schutz der Grundwasserressourcen durch kommunale Fachstellen
- Schwammstadt-Prinzip umsetzen mit Regenwasserspeicherung und -nutzung, Versickerung, Grauwassernutzung<sup>4</sup>
- Nutzung von Regen- und Brauchwasser zur Versorgung von Stadtbäumen
- Ausbau der 3. und 4. Reinigungsstufen von Abwasserbehandlungsanlagen, um Gewässer zu schützen

<sup>4</sup> Wiederverwendung von leicht verschmutztem Abwasser aus Dusche, Bad oder Waschbecken nach Aufbereitung z. B. zur Toilettenspülung oder Gartenbewässerung zur Einsparung von Trinkwasser



# Klima, Umwelt & Naturschutz

## III Zero Waste & Kreislaufwirtschaft

- Einführung und Umsetzung kommunaler Zero-Waste-Strategien
- kein Einwegplastik auf öffentlichen Festen
- Einführung kommunaler Wertstofftonnen
- Abfallvermeidung durch Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere in Wohnsiedlungen
- Förderung von ReUse-Initiativen, Repair-Cafés und Mehrwegkonzepten (z. B. Unverpackt-Läden)
- Einschränkung von Einwegplastik auf öffentlichen Festen
- Förderung alternativer Modelle zu privaten Silvesterfeuerwerk, wie zum Beispiel zentral organisierte Lasershows

## III Umweltbildung & Beteiligung stärken

- Einrichtung eines Umweltinformationszentrums oder Klima-Campus als Bildungszentrum mit kostenloser Beratung
- Förderung von Umweltbildung in Kitas, Schulen und Jugendzentren
- Unterstützung von Schulprojekten über Energie, Ernährung und Biodiversität
- Energieberatungen nach dem Modell der Energiekarawanen nach dem Vorbild von Offenbach

# Klima, Umwelt & Naturschutz

---

## III Ökologische Ernährung & Landwirtschaft

- Einführung kommunaler Ernährungsstrategien in Kooperation mit Ernährungsräten
- Regionale, ökologische und tiergerechte Verpflegung in Kitas, Schulen und öffentlichen Kantinen mit sozial gerechten Preisen
- Schutz und Förderung von Streuobstwiesen, Feldgehölzen und naturnahen Agrarflächen
- Förderung ökologischer Landwirtschaft über Flächenvergabe und Konzept-Ausschreibungen

# Jugend, Kultur & Bildung

## III Vorwort

Kinder und Jugendliche müssen nicht erst zu mündigen Bürger\*innen werden, sie sind schon längst eigenständige politische Akteure. Sie gestalten ihre Lebenswelt aktiv mit, äußern Meinungen, setzen Impulse und fordern Veränderung. Deshalb brauchen sie Raum, Ressourcen und Rechte, um die politische Teilhabe zu erleben, die ihnen laut der Verfassung des Landes Hessen zusteht. Unsere Kommunen sollen zu Orten der gleichberechtigten Mitbestimmung für junge Menschen werden.

Kinder verbringen den Großteil ihrer Zeit in den Schulen. Deshalb muss all das, was für eine gute kindliche Entwicklung wichtig ist, an Schulen stattfinden und erlebbar sein. Vom Sportverein über die Musikschule bis zur Kinderärztin – damit Bildung und Gesundheit nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Kulturelle Teilhabe ist kein Luxus, sondern ein Recht. Kultur kann jungen Menschen Türen öffnen, ihre Kreativität stärken und Gemeinschaft erlebbar machen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen Zugang zu Kunst, Musik, Theater und kulturellen Angeboten haben.



# Jugend, Kultur & Bildung

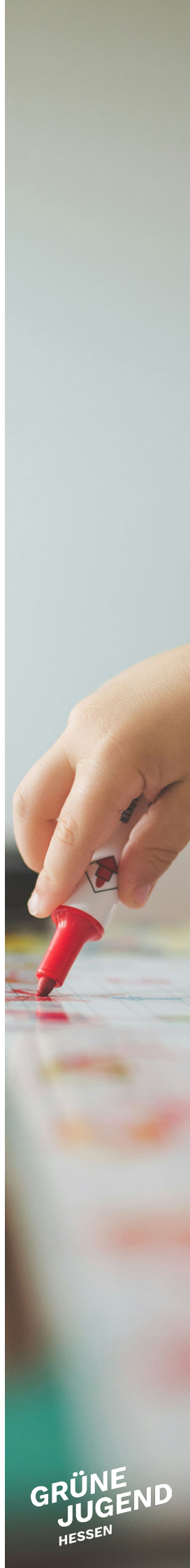
## III Jugend ernstnehmen, Beteiligung ermöglichen

- Schüler\*innenrat und Jugendparlament auf Kreisebene einführen mit Antrags- und Rederecht in den Gemeindevertretungen und Ausschüssen aller Kommunen
- Regelmäßige Jugendhearings<sup>5</sup> und Dialogformate mit lokalen Entscheidungsträger\*innen
- Beteiligung insb. bei Themen, die junge Menschen besonders betreffen, wie Schule, Verkehr & Klima
- Fokus darauf legen, dass nicht nur privilegierte Jugendliche gefördert werden
- Bereitstellung eines selbstverwalteten Jugendbudgets, mit dem Jugendliche ihre eigenen Projekte umsetzen können
- Politische Bildung über den Unterricht hinaus z. B. durch Planspiele, Parlaments-Simulationen, Demokratie-Wochen und niedrigschwellige digitale Beteiligungsplattformen
- Flächendeckende Einführung kommunaler Kinder- und Jugendbeauftragter mit festem Budget

## III Kinderrechte konkret umsetzen

- Der Kindeswille muss in allen kommunalen Ent

<sup>5</sup> Beteiligungsformat, bei dem Jugendliche ihre Anliegen, Meinungen und Ideen direkt an politische Entscheidungsträger\*innen herantragen können





## Jugend, Kultur & Bildung

scheidungen, die sie betreffen, gehört und berücksichtigt werden

- Kommunen sollen kindgerechte Informationen zu Rechten und Hilfsangeboten bereitstellen
- Erwachsenen muss Wissen über Kinderrechte in Verwaltung, Politik und in der Öffentlichkeit vermittelt werden

### III Jugendfreundliche Räume schaffen

- Mindestens ein barrierefreier Jugendtreff pro Kommune mit regelmäßigen Öffnungszeiten
- Ausbau von offenen, selbstverwalteten Jugendorten mit nicht-pädagogisierten<sup>6</sup> Räumen
- Räume insbesondere für Jugendliche Ü14 schaffen abseits von Spielplätzen
- Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten in verkehrsberuhigten Bereichen und auf öffentlichen Plätzen
- Kostenloses WLAN in allen öffentlichen Einrichtungen, besonders bei Einrichtungen die häufig von Jugendlichen besucht werden
- Sportliche Angebote im öffentlichen Raum wie etwa Möglichkeiten zum Skaten, Fitnessgeräte oder Parcours-Parks

<sup>6</sup> Aufenthaltsorte für junge Menschen, die nicht von Betreuungspersonal beaufsichtigt oder durch pädagogische Konzepte gestaltet sind – sie ermöglichen selbstbestimmtes, unbeobachtetes Zusammensein ohne Leistungs- oder Verhaltensanforderungen

# Jugend, Kultur & Bildung

## III Jugendarbeit & Freizeitangebote

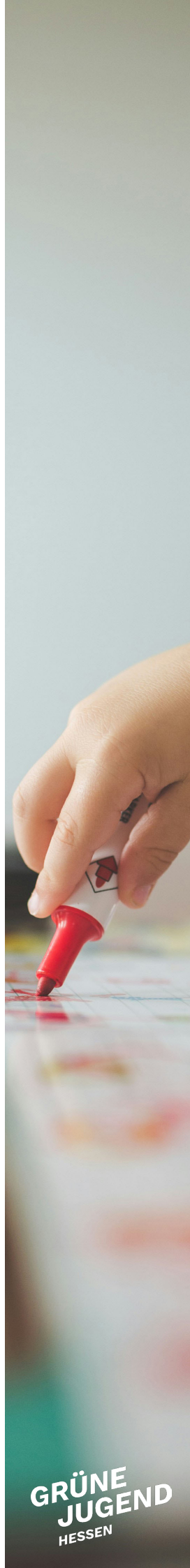
- Mobile Jugendangebote wie Jugend-Busse für kleinere Orte ohne eigene Einrichtungen
- Mehrjährige Förderverträge für Träger der Jugendarbeit und tariflich entlohntes Fachpersonal
- Aufbau kommunaler Netzwerke für Krisenintervention, psychosoziale Unterstützung und Inklusion in Kooperation mit Schulen und Jugendhilfe

## III Kulturelle Teilhabe für alle

- Kostenfreie Kulturpässe für Kinder und Jugendliche mit Zugang zu Theater, Kino, Museen, Konzerten u.v.m.
- Förderung von Nachwuchsprojekten in Musik, Theater, Tanz, Street Art und Literatur
- Künstlerische Interventionen im öffentlichen Raum legalisieren und fördern, z.B. indem Flächen für legales Graffiti bereitgestellt werden

## III Kulturelle Räume & kreative Freiheit schaffen

- Zwischennutzungsmöglichkeiten für leerstehende Gebäude als Kultur- und Kreativräume
- Mikroförderprogramme für Jugendkulturprojekte mit einfachen, unbürokratischen Anträgen





## Jugend, Kultur & Bildung

---

- Förderung nichtkommerzieller Kulturangebote in Dörfern wie Open-Air-Kino, Poetry Slams, Musikworkshops und Lesungen
- Unterstützung von Initiativen für kulturelle Bildung in Schulen, Vereinen & Jugendzentren, z. B. über Theaterprojekte oder Graffiti-Workshops

### III Clubs & Kulturorte schützen

- Anerkennung von Clubs Kulturorte, die Schutz vor Verdrängung benötigen
- Eine zentrale Ansprechperson für Clubkultur in der Verwaltung
- Einen besseren Dialog zwischen den Anwohner\*innen und Clubs
- Finanzielle Unterstützung seitens der Kommunen

### III Faire Bedingungen für Kulturschaffende

- Menschenwürdige Mindesthonorare als Standard bei städtisch geförderten Projekten
- Mietfreie oder stark vergünstigte Räume für Initiativen, Nachwuchskünstler\*innen und migrantische, queere oder feministische Projekte
- Ausbau öffentlicher Kulturorte wie Bibliotheken

# Jugend, Kultur & Bildung

und Museen als Dritte Orte<sup>7</sup>

## III Bildung gerecht & inklusiv gestalten

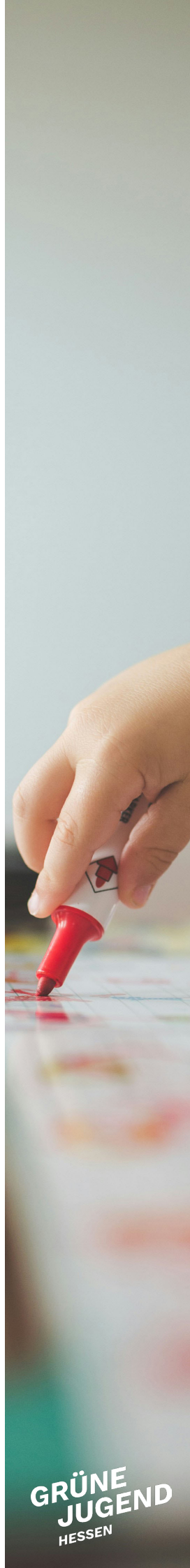
- Aufenthalts- und Kreativräume in Schulen auch nachmittags
- Regionale, ökologische und tiergerechte Verpflegung in Kitas und Schulen
- Verbindliche Mitbestimmung von Schüler\*innen bei der Gestaltung des Ganztags
- Systematische Vernetzung mit außerschulischen Partner\*innen aus Kultur, Sport oder Umweltbildung
- Erhöhung der Stunden der Schulsekretariate zur Koordination des Ganztags

## III Multiprofessionelle Teams ab der Kita

- Flächendeckende Finanzierung von Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Inklusionsbegleitung
- Multiprofessionelle Teams<sup>8</sup> an alle Schulen holen, damit sich Lehrkräfte wieder voll auf ihren eigentlichen Job konzentrieren können

7 Öffentlich zugängliche Räume außerhalb von Zuhause („erster Ort“) und Arbeit/Schule („zweiter Ort“), die Begegnung, Austausch und Gemeinschaft fördern, z. B. Bibliotheken, Kulturzentren oder Jugendtreffs

8 Teams aus Fachkräften mit unterschiedlichen beruflichen Hintergründe, die gemeinsam an Lösungen arbeiten, um Kinder und Jugendliche bestmöglich zu unterstützen





## Jugend, Kultur & Bildung

- Kooperationen mit außerschulischen Partner\*innen wie Vereinen, Künstler\*innen, Kinderärzt\*innen und Jugendverbänden
- Flexible Betreuungsangebote für Krisenzeiten
- Verpflichtende Supervision und regelmäßige Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte, um schneller Unterstützung für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf zu ermöglichen

### III Bildungseinrichtungen zukunftsfit machen

- Bedarfsorientierter Ausbau von Grund- und weiterführenden Schulen im ländlichen Raum mit wohnortnaher Versorgung
- Förderung von Schulbibliotheken, digitalen Lernorten sowie Kooperationen mit Volkshochschulen und Hochschulen in der Region
- Vollständige digitale Ausstattung, flächendeckendes WLAN, Endgeräte für alle, Open-Source-Software und professioneller IT-Support

### III Kosten- & diskriminierungsfreie Bildung

- Kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Meister- oder Studienabschluss mit Lehrmittelfreiheit<sup>9</sup>

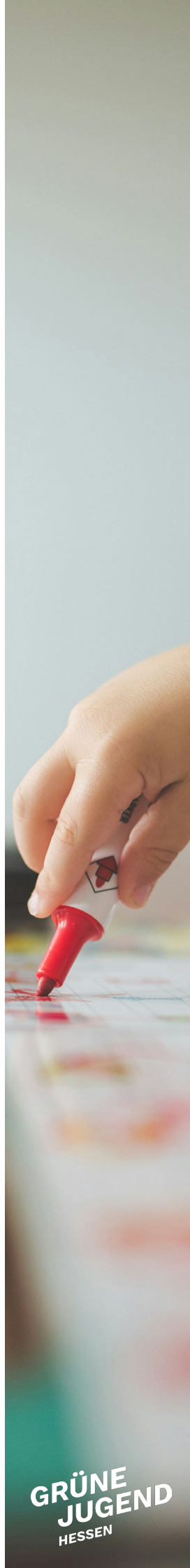
<sup>9</sup> Schüler\*innen und ihre Familien müssen keine Kosten für Schulmaterialien tragen, denn alle Bücher, Hefte, digitalen Geräte und Lernmittel werden kostenfrei bereitgestellt

# Jugend, Kultur & Bildung

- Unbürokratische Bildungs- und Teilhabeleistungen z. B. über automatische Gewährung
- Förderung diskriminierungsfreier Schulentwicklung durch kommunale Programme und Fortbildungen
- Förderung von MINT-Programmen für FLINTA\*

## III Erinnerungskultur & politische Bildung stärken

- Kommunale Förderung und Finanzierung von Gedenkstätten, Archiven und Projekten gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ableismus, Antiromaismus & Antisintiismus/Gadje-Rassismus und Queerfeindlichkeit
- Altersgerechte, barrierefreie und diskriminierungs- sowie diversitätssensible Kooperationen mit Zeitzeug\*innen, Museen, Hochschulen und Gedenkstätten
- Umbenennung von Straßennamen mit rassistischem oder kolonialem Bezug im Dialog mit betroffenen Anwohner\*innen
- Innovative Formate wie digitale Gedenkkarte, Geschichts-AGs und lokale Erinnerungsprojekte
- Einbeziehung marginalisierter Perspektiven in Debatten- und Gestaltungsprozesse einer inklusiven Erinnerungskultur





# Soziales

---

## III Vorwort

Wir müssen nicht auf Bundes- oder Landespolitik warten, um unser Leben, und das unserer Mitmenschen, zu verbessern. Wir können von Armut betroffenen Kindern gesundes und kostenloses Essen in der Schule garantieren. Wir können traumatisierten Geflüchteten nicht nur eine Bleibeperspektive schaffen, sondern einen echten Neuanfang. Wir können dafür sorgen, dass niemand mehr von einem überfüllten Frauenhaus zurückgewiesen wird.

Kommunen sind mehr als Verwaltung. Sie sind der Ort, an dem soziale Realität spürbar wird. In fehlender Barrierefreiheit, überfüllten Unterkünften, geschlossenen Arztpraxen und unbezahlbaren Tickets. Gleichzeitig sind sie der Ort, an dem wir direkt etwas verändern können. Mit guter Sozialarbeit, Schutz vor Gewalt, zugänglicher Gesundheitsversorgung und echter Teilhabe. Soziale Gerechtigkeit beginnt genau hier: im Quartier, im Dorf, im Stadtteil.

Wir wollen Kommunen, in denen niemand zurückgelassen wird, egal ob arm, jung, alt, queer, behindert, migrantisiert, wohnungslos oder suchtkrank. Dazu sind unsere Kommunen fähig. Zeit, dass wir sie gerecht gestalten.

## Soziales

### III Armut bekämpfen & Teilhabe sichern

- Aufbau flächendeckender, niedrighschwelliger Sozialberatungsstellen
- Aufsuchende Sozialarbeit in armutsbetroffenen Vierteln ausbauen
- Einführung kommunaler Sozialausweise für vergünstigte Tickets, Kultur- und Freizeitangebote
- Förderung konsumfreier öffentlicher Räume
- Härtefallfonds<sup>1</sup> zur Verhinderung von Strom- und Wassersperren
- Tafelarbeit und Sozialkaufhäuser<sup>2</sup> als Übergangshilfe sichern, langfristige Teilhabe anstreben
- Sozialberichterstattung systematisch auswerten und in Kommunalpolitik übersetzen
- Kommunale Beteiligung an Bundesprogrammen zur Armutsbekämpfung z. B. Bildung und Teilhabe, oder den Bildungsfonds
- Tarifbindung bei kommunalen Auftragsvergaben
- Zusammenlegung nahegelegener, meist kommunal geförderter Kantinen, um durch gebündelte Ressourcen besseres und günstigeres Essen anzubieten

1 Kommunaler Unterstützungsfonds zur unbürokratischen Hilfe in akuten sozialen Notlagen, etwa bei drohenden Stromsperren oder finanziellen Engpässen

2 Läden, in denen gebrauchte Waren wie Kleidung, Möbel oder Haushaltsgeräte zu sehr günstigen Preisen verkauft werden – meist für Menschen mit geringem Einkommen





## Soziales

### III Kinder- & Jugendarmut gezielt bekämpfen

- Kommunales Sonderprogramm gegen Kinderarmut mit festen Budgets für Freizeit-, Bildungs- und Gesundheitsangebote
- Einführung eines Partizipations-Index<sup>3</sup> zur gezielten Förderung armer Orts- und Stadtteile
- Kostenfreier Zugang zu Sport- und Kultureinrichtungen, zuerst für armutsbetroffene und langfristig für alle Kinder und Jugendlichen
- Teilhabetickets für junge, arme oder diskriminierte Menschen

### III Kommunen als sichere Häfen

- Kommunen sollen Geflüchtete über die gesetzliche Quote hinaus aufnehmen können
- Unterstützung bei der Schaffung sicherer Fluchtwege und Seenotrettung
- Klare Kante gegen Kriminalisierung von Geflüchteten und Schaffung von Bleibeperspektiven
- Einsatz gegen Abschiebungen und Schaffen von rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für eine selbstbestimmte Aufnahme

<sup>3</sup> Instrument zur Bewertung und gezielten Förderung politischer und gesellschaftlicher Teilhabe, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen oder für marginalisierte Gruppen

## Soziales

### III Geflüchtete schützen & Integration gestalten

- Ausbau von Programmen für Integrationslots\*innen zur Alltagsunterstützung
- Mehrsprachige und inklusive Beratungsangebote in Bürge\*innenräumern und sozialen Einrichtungen
- Förderung von freiwilligen Patenschaftsprogrammen zwischen Alt- und Neuzugewanderten
- Angebot von gleichgeschlechtlichen Übersetzer\*innen, gerade bei weiblichen und genderqueeren Geflüchteten
- Fortbildungen für nicht muttersprachliche Übersetzer\*innen

### III Wohnungslosigkeit verhindern & beenden

- Aufbau kommunaler Fachstellen zur Prävention von Wohnungslosigkeit, z. B. Schuldberatung oder Unterstützungsmanagement
- Umsetzung von Housing First<sup>4</sup> ohne Vorbedingungen, mit besonderem Fokus auf vulnerable Gruppen (FLINTA\*, psychisch Erkrankte, Suchtkranke)
- Gesundheitsversorgung für Nichtversicherte, z. B.

4 Ansatz in der Wohnungslosenhilfe, bei dem obdachlose Menschen ohne Vorbedingungen dauerhaft eine eigene Wohnung erhalten als ersten und zentralen Schritt zur Stabilisierung und sozialen Teilhabe





## Soziales

humanitäre Sprechstunden, mobile Hilfe, Nachtcafés und Kältebusse

- Bereitstellung kostenloser Schließfächer und Duschmöglichkeiten für wohnungslose Menschen

### III Gesundheit sozial & kommunal gestalten

- Kommunale Gesundheitszentren und -kioske insbesondere in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen aufbauen
- Förderung multiprofessioneller Teams<sup>5</sup>, z. B. Schulgesundheitspflege, Sozialarbeit, Entwicklungsdiagnostik
- Stärkung kommunaler Gesundheitsämter mit klarem Versorgungsauftrag
- Etablieren von Gesundheitslots\*innen<sup>6</sup>
- Öffentliche Gesundheitsdaten diskriminierungssensibel erheben und lokal nutzen
- Einführen eines Sozial-psychiatrischen Dienstes auf Kreisebene
- Bereitsellung kostenloser STD<sup>7</sup>- & Drug-Checks

<sup>5</sup> Teams aus Fachkräften mit unterschiedlichen beruflichen Hintergründe, die gemeinsam an Lösungen arbeiten, um Kinder und Jugendliche bestmöglich zu unterstützen

<sup>6</sup> Vertrauenspersonen, die Menschen beim Zugang zum Gesundheitssystem unterstützen z. B. durch Begleitung zu Terminen, Hilfe bei Anträgen oder Gesundheitsaufklärung, besonders für benachteiligte Gruppen

<sup>7</sup> STD = sexually transmitted disease, sexuell übertragbare Krankheiten

## Soziales

### III Pflege gerecht & solidarisch organisieren

- Pflege als kommunale Daseinsvorsorge verstehen, Ausbau von Pflegestützpunkten, Tagespflege und Kurzzeitpflege
- Unterstützung von pflegenden Angehörigen durch Netzwerke, Beratung und Entlastungsangebote
- Förderung selbstorganisierter Wohn-Pflege-Gemeinschaften
- Kommunale Pflegebedarfsplanung mit Beteiligung der Betroffenen, d.h. Ärzt\*innen, Patient\*innen und Pflegekräfte
- Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen in kommunalen Pflegeeinrichtungen und Tochtergesellschaften, Tariflohn auch bei Subunternehmen und Werkverträgen

### III Inklusion leben & Barrieren abbauen

- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in kommunalen Aktionsplänen mit Etablierung von Inklusionsbeauftragten
- Förderung der Integration von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt
- Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, Verwaltung, Bildung, Kultur, Verkehr und Kommunikation





## Soziales

- Förderung inklusiver Freizeit- und Bildungsangebote, z. B. durch gezielte Fortbildungen von Fachkräften
- Digitalisierung barrierefrei und für alle zugänglich gestalten durch Einrichtung eines zentralen, barrierearmen und übersichtlichen Online-Zugangs zur öffentlichen Verwaltung

### III Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen

- Koordinierungsstellen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention einrichten
- Geschlechtsneutrale Räume (wie z.B. Toilettenkabinen oder Umkleiden) in allen öffentlichen Gebäuden schaffen
- Kostenfreie Menstruationsprodukte in Schulen und öffentlichen Einrichtungen bereitstellen
- Einrichtung von regelmäßigen TINA\* Schwimmstunden öffentlichen Schwimmbädern (trans\*, inter\*, nichtbinäre und agender Personen)
- Verhütungsmittelfonds<sup>8</sup> für Menschen mit geringem Einkommen
- Ausbau von Frauennotrufen, Beratungsstellen und Schutzräumen

<sup>8</sup> Kommunaler Fonds, der die Kosten für Verhütungsmittel ganz oder teilweise übernimmt, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, um reproduktive Selbstbestimmung unabhängig vom Geldbeutel zu ermöglichen

## Soziales

- Volle Finanzierung von Frauenhausplätzen für Gewaltbetroffene und ihre minderjährigen Kinder
- Verbindliche Fortbildungen im Bereich Queer- und Transfeindlichkeit für Arbeiter\*innen in Frauenhäusern, Jugendhilfeeinrichtungen und Jugendamt
- Geschlechtergerechte Haushaltsführung in der kommunalen Verwaltung verankern

### III Drogenpolitik & Suchthilfe neu denken

- Orientierung am „Frankfurter Weg“ mit Hilfe statt Strafe für Suchtbetroffene
- Einrichtung von legalen Konsumräumen mit Drug-Checking und mobiler Straßensozialarbeit auch in ländlichen Räumen
- Ausbau geschlechtergerechter Angebote zur Suchtprävention
- Entkriminalisierung des Konsums, Kriminalisierung des Handels illegaler Drogen
- Betroffene aktiv in Entwicklung neuer Angebote einbeziehen





## Soziales

---

### III Vielfalt schützen & Diskriminierung bekämpfen

- Einrichtung kommunaler Antidiskriminierungsstellen
- Einführung und Umsetzung kommunaler Aktionspläne gegen Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- Queerbeauftragte in allen Kommunen einführen
- Schulung von Verwaltungspersonal in Vielfalt und Diskriminierungssensibilität
- Förderung intersektionaler Projekte in Kultur, Bildung und Jugendhilfe
- Entstigmatisierung von psychischen Krankheiten durch Aufklärungsarbeit insb. an Schulen

### III Demokratische Sicherheit & Teilhabe stärken

- Klares Nein zu Waffenverbotszonen
- Evaluierung und ggf. Rückbau öffentlicher Videoüberwachung, klare Absage an Vorratsdatenspeicherung
- Antirassismus-, Queer- und Rechtsextremismus-Schulungen für Polizei und Ordnungskräfte
- Ausbau von Bürger\*innenräten, Sozialbeiräten und Beteiligungsbudgets besonders für marginalisierte Gruppen

## Soziales

### III Alter in Würde gestalten

- Konzepte für ein selbstbestimmtes Leben im Alter mit barrierefreien Wohnformen, Treffpunkte, Nahmobilität
- Förderung von Demenznetzwerken und Beratungseinrichtungen
- Begegnung von Einsamkeit durch generationenübergreifende Patenschaftsprogramme

### III Ehrenamt stärken & Engagement ermöglichen

- Koordinierungsstellen für bürgerschaftliches Engagement flächendeckend aufbauen
- Anerkennungskultur ausbauen, Zugang zu Fortbildungen verbessern
- Kostenlose Nutzung kommunaler Räume für gemeinnützige Initiativen sicherstellen
- Einführung oder Ausweitung einer Ehrenamtscard mit ermäßigtem Zugang zu Schwimmbädern, Museen und weiteren kommunalen Angeboten





# Mieten & Wohnen

---

## III Vorwort

Bezahlbares Wohnen ist eine der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit. Wohnen ist ein Grundbedürfnis, kein Luxusgut oder Spekulationsobjekt. Die sozialen Folgen explosionshaft steigender Mieten zeigen sich deutlich: Verdrängung, Wohnungslosigkeit und soziale Spaltung. Gerade für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen, für Familien, Alleinerziehende und junge Menschen in Ausbildung oder im Studium wird das Zuhause zur finanziellen Belastung.

Die Krise auf dem Wohnungsmarkt wird dadurch befeuert, dass dort gebaut wird, wo hohe Renditen zu holen sind, nicht dort, wo die gesellschaftliche Nachfrage am größten ist. Während Studierende und Azubis keine Unterkunft finden, stehen Luxusapartments massenhaft leer. Dieser spekulative Leerstand muss konsequent unterbunden werden.

Wohnraum muss für alle zugänglich, inklusiv und ökologisch gestaltet sein. Wir setzen uns für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik ein, die Menschen statt Profite in den Mittelpunkt stellt.

# Mieten & Wohnen

## III Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

- Verpflichtende Quoten von mindestens 30–50 % sozial gefördertem Wohnraum bei allen Neubauprojekten
- Förderung von Wohnungen für Auszubildende, Studierende, Alleinerziehende und Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen
- Kommunale Wohnungsbaugesellschaften finanziell stärken und auf soziale Ziele verpflichten, d.h. niedrige Mieten, barrierefreie Wohnungen, Beteiligung von Mieter\*innen
- Nutzung des Erbbaurechts<sup>1</sup> statt Verkauf städtischer Flächen
- Kommunale Förderprogramme für alternative Wohnformen und nicht-kommerzielle Träger

## III Gemeinwohlorientierte Bodenpolitik

- Öffentliche Grundstücke ausschließlich über Konzeptvergaben an soziale, ökologische und gemeinschaftliche Träger vergeben
- Kommunale Bodenfonds<sup>2</sup> zur strategischen

1 das Recht, auf einem Grundstück ein Haus zu bauen und für 50-99 Jahre zu nutzen, ohne das Grundstück selbst kaufen zu müssen

2 Kommunaler Fonds zum Ankauf und zur Sicherung von Grundstücken, um diese dauerhaft für bezahlbaren Wohnraum, soziale Infrastruktur oder gemeinwohlorientierte Nutzung vorzuhalten





## Mieten & Wohnen

Sicherung von Flächen für sozialen Wohnungsbau aufbauen

- Vorkaufsrechte, Erhaltungssatzungen und Zwischenerwerbsrechte<sup>3</sup> konsequent anwenden
- Keine neuen Einfamilienhausgebiete sondern kompakte, flächensparende Wohnformen z. B. Geschosswohnungsbau mit Grünanteil

### III Bestehenden Wohnraum besser nutzen

- Einführung von Leerstandskatastern<sup>4</sup> und Zweckentfremdungs-Satzungen
- Schaffung von Anreizen zur Sanierung und Vermietung leerstehender Gebäude
- Förderung hybrider Nutzungen von Gebäuden z. B. durch Aufstockung von Supermärkten und Mischnutzung von Büros
- Freiwillige Wohnungstausch-Programme mit Erhalt der bisherigen Mietkonditionen
- Priorisiert leerstehende Wohnungen in den Innenstädten in Sozialwohnungen umwandeln, bevor neuer Wohnraum am Stadtrand gebaut wird

3 Kommunales Instrument, mit dem Städte oder Gemeinden Grundstücke oder Immobilien kurzfristig erwerben können, um sie anschließend gezielt für soziale oder gemeinwohlorientierte Zwecke weiterzugeben z. B. an Genossenschaften oder soziale Träger

4 Kommunales Verzeichnis, das systematisch ungenutzte oder leerstehende Immobilien erfasst, als Grundlage für Maßnahmen zur Reaktivierung von Wohnraum oder Gewerbeflächen

# Mieten & Wohnen

## III Mietschutz & Schutz vor Verdrängung

- Milieuschutzsatzungen<sup>5</sup> ausweiten und konsequent anwenden
- Belegungsrechte ankaufen, um Sozialbindungen langfristig zu sichern
- Einrichtung kommunaler Mieter\*innen-Beratungsstellen
- Einführung qualifizierter Mietspiegel zur Durchsetzung der Mietpreisbremse
- Verhinderung von spekulativem Leerstand und Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen

## III Innovative & inklusive Wohnformen fördern

- Förderung solidarischer, inklusiver und generationsübergreifender Wohnprojekte, z. B. Wohn-Pflege-WGs, Mehrgenerationenhäuser, queere Wohnprojekte
- Konzeptvergabe von Flächen an Genossenschaften, Baugruppen und andere gemeinwohlorientierte Träger
- Kommunale Beratungs- und Netzwerkstellen für neue Wohnformen einrichten

<sup>5</sup> Kommunale Satzungen zum Erhalt der sozialen Zusammensetzung eines Stadtteils, um Verdrängung zu verhindern, z. B. durch Einschränkungen bei Luxussanierungen oder der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen





## Mieten & Wohnen

- Ausbau von Azubi- und Studierendenwohnheimen sowie von Projekten wie „Alt-Jung“-Wohnen, z.B. durch Anpassungen von Förderrichtlinien

### III Nachhaltiges & Klimaangepasstes Bauen

- Verpflichtende Energie- und Klimastandards für alle kommunalen Neubauten, z. B. KfW-40, Passivhausstandard, PV-Pflicht
- Förderung des zirkulären Bauens<sup>6</sup>, z. B. Holzbauweise, Recyclingbaustoffe, Wiederverwendung
- Verpflichtende Begrünung von Dächern & Fassaden und Schaffung klimaaktiver Innenhöfe, es sei denn, es gibt gleichwertige kostengünstigere Alternativen wie z.B. Grünstreifen oder Aufforstung
- Sanierungsprogramme sozial abfedern, z. B. über Warmmietenneutralität<sup>7</sup> und Klima-Wohngeld

### III Soziale Räume mitgestalten

- Wohngebiete mit Nahversorgung, Kitas, Schulen, Jugendzentren, ÖPNV und öffentlichen Grünanlagen entwickeln

<sup>6</sup> Bauweise, bei der Materialien wiederverwendet, recycelt oder sortenrein rückgebaut werden können, mit dem Ziel, Ressourcen zu schonen, Abfall zu vermeiden und die Lebensdauer von Gebäuden zu verlängern

<sup>7</sup> Prinzip, bei dem energetische Sanierungen nicht zu höheren Gesamtmieten führen dürfen, damit die eingesparten Heizkosten mögliche Mietsteigerungen ausgleichen, sodass die Warmmiete stabil bleibt

# Mieten & Wohnen

- Entwicklung autofreier Quartiere mit Quartiersgaragen und Fahrradpriorität
- Beteiligungspflicht von Mieter\*innen, Jugendlichen und marginalisierten Gruppen bei Stadtplanung
- Öffentliche Räume zugänglich, sicher und inklusiv gestalten, besonders für Kinder und ältere Menschen

## III Barrierefreiheit & altersgerechtes Wohnen

- Mindestens 20–30 % aller Neubauwohnungen barrierefrei gestalten mit verbindlichen Standards
- Förderung des Umbaus im Bestand durch Beratungsstellen und Umbauförderung
- Unterstützung inklusiver Wohnformen für Menschen mit Behinderung oder Pflegebedarf
- Integration barrierefreier Infrastruktur in die Gesamtplanung von Quartieren





# Mobilität

## III Vorwort

Ob zur Schule, zur Arbeit oder zur Party – Mobilität entscheidet über Teilhabe und Freiheit. Und doch ist sie noch immer für viele Menschen eingeschränkt, weil Tickets zu teuer sind, Radwege fehlen oder der Bus nur einmal am Tag fährt. Besonders junge Menschen, Menschen mit Behinderung oder mit wenig Geld werden dadurch im Alltag ausgebremst.

Verkehrspolitik muss alle mitdenken und darf niemanden ausschließen. Wir setzen uns für eine sozial gerechte, ökologische und sichere Verkehrswende ein, die die Bedürfnisse junger Menschen ins Zentrum rückt. In der Stadt und auf dem Land müssen alle Menschen sicher und selbstbestimmt von A nach B kommen können, egal ob mit Bus, Bahn, dem Rad oder einem Leihauto.

Die Abhängigkeit vom eigenen Auto muss durch gute, barrierefreie und bezahlbare Alternativen beendet werden. Gleichzeitig braucht es eine gerechte Verteilung des Verkehrsraums, damit endlich wieder mehr Platz für Menschen da ist.

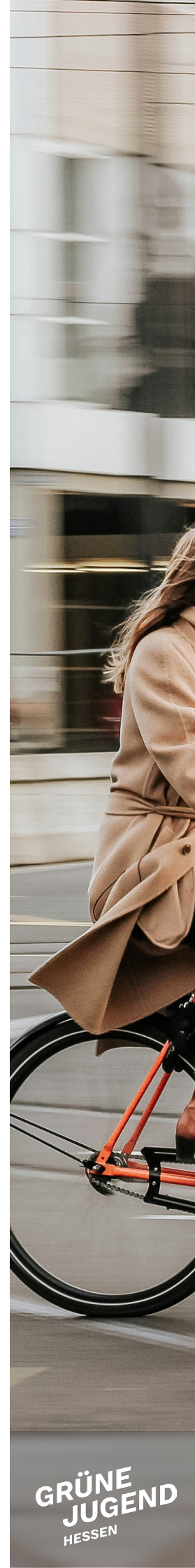
Mobilität ist mehr als Fortbewegung. Sie ist Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und ein

# Mobilität

zentraler Hebel für den Klimaschutz. Wenn wir wollen, dass alle klimafreundlich unterwegs sein können, müssen wir jetzt umsteuern, mit einem massiven Ausbau von Radwegen, Nahverkehr und grüner Infrastruktur. Die Verkehrswende beginnt direkt vor unserer Haustür und wir gestalten sie mit.

## III Mobilität für alle ermöglichen

- Ziel einer 15-Minuten-Stadt, in der alle relevanten täglichen Wege zu Fuß oder mit dem Rad in 15 Minuten zurückgelegt werden können
- Mobilitätsplanung muss barrierefrei, gendergerecht und inklusiv erfolgen, mit besonderem Fokus auf FLINTA\*, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen
- Einführung kommunaler Mobilitätstickets für Jugendliche, Senior\*innen und Menschen mit geringem Einkommen, mit dem langfristigen Ziel den ÖPNV für diese Gruppen kostenlos anzubieten
- Schüler\*innentickets unabhängig von der Entfernung des Wohnorts zur Schule und auch für Oberstufen und Berufsschüler\*innen
- Entwicklung kommunaler Mobilitätskonzepte mit Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen, insbesondere junger Menschen





# Mobilität

## III Rad- & Fußverkehr stärken

- Ausbau eines sicheren, durchgehenden und baulich getrennten Radwegenetzes
- Mindestens 30 €/Einwohner\*in & Jahr für Radwegausbau (Richtwert FFM Masterplan Mobilität)
- Entwicklung von Schulradverkehrsplänen und Winterdienst auf Haupttrouten
- Diebstahlsichere Fahrradbügel, überdachte Stellplätze, sichere Boxen, Fahrradparkhäuser mit Reparaturstationen an ÖPNV-Knoten (Bike & Ride)
- Einführung eines Meldesystems für fehlende Radinfrastruktur (z. B. per App)
- Fußverkehrschecks mit Bürger\*innenbeteiligung und Beauftragte für Fußverkehr
- Verbreiterung von Gehwegen, mehr Querungen und Bordsteinabsenkungen, barrierefreie Beläge und Blindenleitsysteme
- Elterntaxi-Verbotzonen, stattdessen Förderung von Walking Buses<sup>1</sup> sowie Bicibus<sup>2</sup>-Routen nach dem Vorbild aus Barcelona für Schulwege
- Einheitliche Beschilderung & Ausweisung von Radwegen sowie Integration in Radroutennetze

1 Gruppen von Schulkindern, die gemeinsam zu Fuß zur Schule gehen, begleitet von Erwachsenen, nach festen Routen und „Haltestellen“, ähnlich einem Bus, aber zu Fuß  
 2 gemeinsame, regelmäßig stattfindende Fahrradfahrten von Kindern zur Schule, begleitet von Eltern oder Freiwilligen

# Mobilität

## III Öffentlichen Nahverkehr ausbauen

- Verdopplung des ÖPNV-Angebots bis 2030 in ländlichen Regionen
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Programms “Jedes Dorf – Jede Stunde”
- Halbstundentakt auf allen Hauptverbindungen, Stundentakt zu Randzeiten und am Wochenende
- Einrichtung und Finanzierung von On-Demand-Systemen und Rufbussen im ländlichen Raum
- Barrierefreie Haltestellen mit Echtzeit-Infos, Sitzplätzen und Witterungsschutz
- Elektrifizierung aller Busflotten in Städten, keine neuen Dieselse, längere Umstellungsfrist bei kleinen, regionalen Dienstleistungsunternehmen in ländlichen Regionen
- Integration von Sharing-Angeboten (Car-/Bike-Sharing, E-Scooter) an Mobilitätsstationen
- Anstreben eines kostenfreien Nahverkehrs für junge Menschen und Menschen mit geringem Einkommen
- ÖPNV-Angebote nach nächtlichen Veranstaltungen für Veranstalter\*innen attraktiver machen
- Ländliche ÖPNV-Netze überarbeiten und bessere Umstiege & Knotenpunkte schaffen





# Mobilität

## III Straßenräume gerecht verteilen

- Rückbau überdimensionierter Straßen zugunsten von Rad- und Gehwegen
- Flächendeckend Tempo 30 innerorts, Tempo 20 in Wohngebieten mit Ausnahmen im ländlichen Raum auf vielbefahrenen Pendelrouten
- Mehr begrünte Verkehrsinseln, Dauerblitzer und lärmsensitive Messanlagen
- Vorrang für Fuß- und Radverkehr bei Straßenumbauten
- Reduzierung des Parkraums zugunsten von Grünflächen, Bänken, Spielstraßen und Begegnungsräumen
- Vorrang für Instandhaltung vor Neubau, keine neuen Umgehungsstraßen ohne ökologische Prüfung und Anwohner\*innenschutz

## III Parkraum neu denken

- Flächendeckende Parkraumbewirtschaftung<sup>3</sup> in Städten
- Keine kostenfreie Stellplätze im öffentlichen Raum in Städten, sofern zumutbare alternative

<sup>3</sup> Kommunale Regelung zur Steuerung und Nutzung öffentlicher Parkflächen, z. B. durch Parkgebühren, Anwohnerparken oder zeitliche Begrenzungen, um Verkehr zu reduzieren und Flächen gerecht zu verteilen

# Mobilität

Verkehrsmittel bestehen

- Reduzierte Parkkosten für E-Autos
- Quartiersgaragen<sup>4</sup> statt Gehwegparken
- Park & Ride-Angebote an Stadträndern kostenfrei ausbauen
- Einnahmen aus Parkgebühren zweckgebunden für Mobilitätswende verwenden
- Förderung von Car- & Lastenrad-Sharing

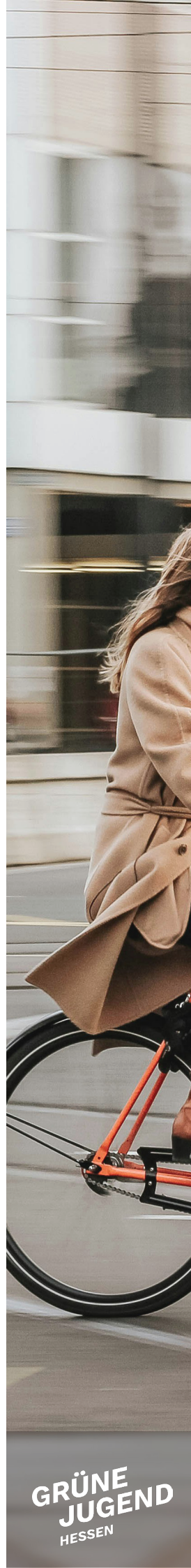
## III Aufenthaltsqualität & Lebensräume schaffen

- Grüne Gehwege, mehr Sitzgelegenheiten und Schattenplätze schaffen
- Ausbau barrierefreier, öffentlicher Räume mit Aufenthaltsqualität
- Förderung von temporären Umnutzungen z.B. Pop-up-Radwege, Spielstraßen, Sommerstraßen
- Autofreie Quartiere zur Verkehrsberuhigung umsetzen

## III Klimaschutz & Emissionsfreiheit

- CO<sub>2</sub>-neutrale Stadtflotten bis 2030
- Ausbau von Ladeinfrastruktur und konsequente

<sup>4</sup> Zentrale, gemeinschaftlich genutzte Parkhäuser am Rand von Wohnvierteln, die Straßen vom Parkverkehr entlasten und Platz für Grünflächen, Spielräume und sichere Wege schaffen





# Mobilität

Ahndung von Falschparken an Ladesäulen, vor allem durch Verbrennerautos

- Emissionsfreie Logistik durch Mikro-Hubs<sup>5</sup>, Lastenräder oder Gütertrams als Pilotprojekte
- Verkehrsvermeidung durch kompakte Siedlungsstrukturen nach dem Konzept „15-Minuten-Stadt“
- Stärkung von Nahversorgung und sozialer Infrastruktur in Wohnquartieren

## III Regionale & intermodale Mobilität

- Nutzung bundesweiter Förderprogramme zum Bau von Radschnellwegen, die auch verschiedene Kommunen verbinden
- Mobilitätsstationen mit Fahrradabstellplätzen, E-Ladepunkten und ÖPNV-Anbindung schaffen
- Tangentialverbindungen<sup>6</sup> im ÖPNV ausbauen, nicht alles über die Zentren führen
- Integrierte gemeinsame Verkehrsplanung über Gemeindegrenzen hinweg mit Unterstützung der Landkreise

<sup>5</sup> Kleine städtische Verteilzentren, an denen Lieferungen aus großen Transportfahrzeugen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Lastenräder oder E-Fahrzeuge für die „letzte Meile“ umgeladen werden

<sup>6</sup> ÖPNV-Strecken, die Stadtteile oder Orte miteinander verbinden, ohne durch das Zentrum zu führen als Ergänzung zu radialen Linien und zur Entlastung überlasteter Knotenpunkte

# Mobilität

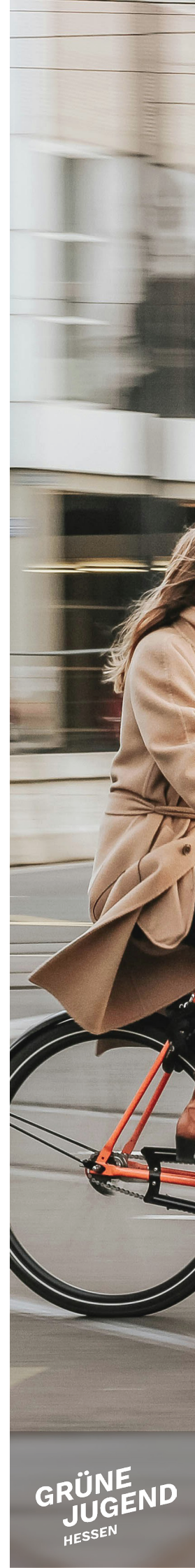
## III Digitalisierung & Mobilitätsmanagement

- Nutzung von Verkehrs-, Sharing- und Mobilitätsdaten für eine intelligente Verkehrsplanung
- Echtzeitinformationen für ÖPNV, Barrierefreiheit und Störungen öffentlich verfügbar machen
- Aufbau kommunaler Kompetenzen in digitaler Verkehrssteuerung
- Schulisches und betriebliches Mobilitätsmanagement gemeinsam mit Eltern, Schulen und Unternehmen fördern

## III Demokratische Mobilitätswende

- Gründung kommunaler Mobilitätsräte mit verbindlicher Jugendbeteiligung
- Einführung von Beteiligungspflichten bei Verkehrsprojekten
- Gender Mainstreaming<sup>7</sup> in allen Planungsprozessen verbindlich machen
- Verkehrspolitik wissenschaftlich begleiten und Maßnahmen evaluieren

<sup>7</sup> Strategie zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit, bei der die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Bedürfnisse aller Geschlechter in allen politischen und administrativen Entscheidungen systematisch berücksichtigt werden





# Mobilität

---

**Gemeinsam gestalten wir eine solidarische, gerechte und ökologische Zukunft direkt vor Ort, vor deiner Tür.**

**FLINTA\*** steht für Frauen, Lesben, inter\*, nichtbinäre, trans\* und agender Personen, kurz gesagt alle Menschen, die im Patriarchat diskriminiert werden. Es ist eine Selbstbezeichnung und jede\*r entscheidet selbst darüber, ob er\*sie zu dieser Gruppe gehört.

**Gestaltung & Design:** Jacqueline Schmiedeke

**Inhalt:** Landesvorstand & Kommunalwahl-Kampagnenteam der GRÜNEN JUGEND Hessen sowie weitere Unterstützer\*innen aus der GRÜNEN JUGEND und Bündnis90/DIE GRÜNEN Hessen

**Bildquellen:** Theo Schmuck (Titelfoto), Pexels.com (S. 23-31), Unsplash.com (Rest)

**GRÜNE JUGEND Hessen**

Landesgeschäftsstelle

Mainzer Straße 75

65189 Wiesbaden

Telefon: 0611-9892024

Website: [mail@gjh.de](mailto:mail@gjh.de)

Mail: [www.gjh.de](http://www.gjh.de)

Social: @gjhessen